

/// Zwischen Ost und Süd

DIE NATO NACH WARSCHAU

MARTIN ZAPFE /// Die NATO ist wieder relevant – nicht nur für Operationen fern des Bündnisgebietes, sondern ganz unmittelbar für die Sicherheit Europas. Diese für das Bündnis zunächst positive Diagnose ist jedoch Ausfluss handfester Krisen und Bedrohungen, wie sie noch vor einigen Jahren meist für unwahrscheinlich gehalten wurden. Was sind die aktuellen sicherheitspolitischen Bedrohungen im Osten und Süden des Bündnisses, und wie reagiert die NATO auf diese?

Komplexe Bedrohung – was änderte sich 2014?


„Die Welt ist aus den Fugen“,¹ so Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier – und in dieser Phase fundamentaler Unsicherheit gewinnt das 1949 gegründete Bündnis als Rückgrat der militärischen Verteidigungsfähigkeit Europas wieder an Bedeutung. Das Jahr 2014 darf dabei zuverlässig als sicherheitspolitische Wasserscheide gelten. Zwar begann auch hier kein vollkommen neues Kapitel. Schon vor der russischen Annexion der Krim-Halbinsel, dem Beginn eines verdeckten russischen Krieges gegen die Ukraine und dem offenen Ausgreifen des so genannten „Islamischen Staates“ auf große Gebiete in Syrien und im Irak hatte sich die NATO schrittweise auf ihre originäre Kernaufgabe zurückgezogen. Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes, wie sie die Neunziger- und Zweitausender-Jahre bestimmt hatten und dies wie auf dem Balkan, am Horn

von Afrika oder in Afghanistan weiterhin tun, sollten zurückgefahren und wertvolle Ressourcen gespart werden.²

Russlands „hybride“ Bedrohung im Osten

Dennoch ist 2014 ein Wendejahr für die NATO und ihre militärische Planung. Die russische Aggression gegen die Ukraine – kein NATO-Staat, aber im Annäherungsprozess an die Europäische Union befindlich – war ein historischer Tabubruch. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 und zum ersten Mal seit der Unterzeichnung

2014 brachte für die NATO die sicherheitspolitische WENDE.



„Stand by Your friends ...“
Bündnistreue und militärische
Einsatzbereitschaft zu demon-
strieren, war u. a. das Ziel der
Anakonda-Truppenübung im
Juni 2016 in Polen – mit 21
beteiligten NATO-Ländern die
größte seit dem Kalten Krieg.

der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 sah Europa eine zwar verdeckte, doch nicht zu leugnende Invasion eines souveränen Staates durch seinen Nachbarn. Bereits die KSZE-Schlussakte hatte fundamentale gemeinsame Prinzipien für das europäische Sicherheitssystem definiert, darunter das Verbot, territoriale Grenzen mit Gewalt zu ändern, sowie das Recht auf freie Bündniswahl. Diese Prinzipien ermöglichten 1990 sowohl die Wiedervereinigung Deutschlands – eine Grenzaufhebung auf friedlichem Weg und unter Zustimmung der vier Mächte – als auch die NATO-Mitgliedschaft des gesamten Deutschlands.

Die Unverletzlichkeit der Grenzen Europas, von Russland akzeptiert und gegenüber der Ukraine mehrfach garantiert, galt nun offensichtlich nicht mehr. Zwar war klar, dass die NATO nicht aktiv zum Schutz der Ukraine eingreifen würde, aber genauso klar war, dass nun tief sitzende Ängste zentraleuropäischer NATO-Mitgliedstaaten nicht mehr als unbegründet abgetan werden konnten. Wer wollte den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen nun glaubhaft versichern können, russische Drohungen seien nicht ernst, Manöver nicht zur Einschüchterung gemeint? Die NATO stand also vor der Herausforderung, zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert ernsthaft über die Verteidigung ihrer östlichen Bündnispartner nachzudenken.

Zu diesem Tabubruch trat und tritt die Art und Weise der Aggression, die nicht als offene Invasion, sondern, wie es nun oft genannt wird, „hybrid“ geschah, also verdeckt, unter Leugnung der Tatsachen, und durch Spezialkräfte ohne Hoheitsabzeichen. Dieses „hybride“ Vorgehen hat Auswirkungen weit über die Ukraine hinaus. Westliche

Doktrin geht zumeist von klar trennbaren Zuständen des Friedens und des Krieges aus und versucht, auf der Grundlage dieser binären Unterscheidung das Verhältnis von Politik und politischer Führung zum Militär und zur Kriegführung zu definieren. „Hybride“ Kriegführung dagegen verwirft diese Unterscheidung. Politische Entwicklungen und erst recht politische Revolutionen werden als militärische Bedrohungen wahrgenommen.³ So betrachtet Präsident Putin die Farbrevolutionen der letzten Jahrzehnte nicht als demokratische Akte, sondern als ausländisch gesteuerte Subversion seines eigenen Machtbereiches.⁴ Das vorherrschende russische Narrativ sieht entsprechend auch die Osterweiterung der NATO nicht als eine Aufnahme von Demokratien in ein normativ begründetes Militärbündnis, sondern gleichsam als eine „demokratische Subversion“ ehemals russischer Einflussgebiete, die durch russische Machtlosigkeit ermöglicht wurde.⁵ Politischer, diplomatischer Verkehr im Frieden und militärische Auseinandersetzung im Krieg – diese (idealtypische) Differenzierung teilt die neue russische Militärdoktrin nicht.⁶

HYBRIDE Kriegführung zielt auf strukturelle Unsicherheit und Instabilität ab.

Auch wenn das politische Fernziel Moskaus – so es eines gibt – unklar ist, scheint kurz- und mittelfristig im Mittelpunkt zu stehen, einen Keil zwischen die westlichen Bündnispartner zu treiben, indem Russland strukturelle Unsicherheit schürt und Bündnisgarantien unterminiert.⁷ Und hier liegt schließlich auch der problematische Kern „hybri-

der“ Kriegführung, wie sie heute verstanden wird: Letztlich besteht mit einem solchen Vorgehen die Gefahr, dass die Trennlinie zwischen Friedens- und Kriegszustand bewusst und nachhaltig verwischt wird.⁸ Die NATO muss sich also auf die Verteidigung des Bündnisgebietes vorbereiten, ohne davon ausgehen zu können, den Luxus einer klaren Unterscheidung von Krieg und Frieden zu haben. Das stellt enorme Ansprüche unter anderem an die militärische Reaktionsfähigkeit im Krisenfall.

Instabilität im Süden

Zu der Bedrohung im Osten des Bündnisgebietes, die sowohl konventionell als auch „hybrid“ ist, tritt die Instabilität im „Süden“, also großzügig definiert in Nordafrika und dem zerfallenden Staatensystem in Mittelost. Im Juni 2014 nahmen Einheiten des so genannten „Islamischen Staates“ die irakische Millionenstadt Mossul ein und verdeutlichten sowohl das Auftreten einer neuen Macht in der Region als auch die reale Gefahr eines endgültigen Zerfalls der heute bekannten Staaten der Region. Mit hunderttausenden Toten und Millionen Vertriebenen, von denen viele in Europa Zuflucht gesucht haben, ist der Krieg eine Katastrophe, der in seiner Komplexität Vergleiche zum Dreißigjährigen Krieg des 17. Jahrhunderts nicht zu scheuen braucht. Kriege und Konflikte gibt es jedoch nicht nur im Herzen der arabischen Welt, sondern auch im Jemen, auf dem Sinai, in Libyen sowie im NATO-Mitgliedstaat Türkei.

Nicht nur aufgrund des syrischen Krieges, sondern auch wegen fortgesetzter Instabilität in Teilen Afrikas und dem Wegfall eines effektiven libyschen Staates nach dem Ende von Gaddafis Gewaltregime 2011 drängten sich im

Laufe des Jahres 2015 illegale Migrations- und Flüchtlingsströme auf die Agenda der NATO. Das galt bis zum Abkommen der EU mit der Türkei im März 2016 vor allem für die Ägäis zwischen Griechenland und der Türkei. Aber auch nach dem Abebben der großen Flüchtlingswelle dort wagen weiterhin Zehntausende die Überfahrt über das Mittelmeer, um nach Italien und damit nach Europa zu gelangen. Für die Staaten Südeuropas ist ungesteuerte Migration somit ein eindeutiges Sicherheitsproblem und sie fordern lautstark, dass sich die NATO diesem auch widme.

Die Bedrohung im Süden ist somit eine andere als im Osten. Kein Staat droht mit einer Invasion und kein NATO-Mitglied muss fürchten, in naher Zukunft durch militärische Akteure existenziell gefährdet zu werden. Und dennoch ist sie auf gewisse Art greifbar.

Die NATO muss die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Interessen **ALLER Mitgliedstaaten berücksichtigen.**

rer. In Libyen, nur wenige Kilometer vom italienischen Festland entfernt, kämpfen Einheiten des IS und droht ein dauerhaftes Vakuum staatlicher Macht. Die NATO könnte also gefordert sein, in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu intervenieren, um eine fragile Stabilität zu erzeugen – eine Aussicht, die für die NATO ausgesprochen unattraktiv ist.

Wie reagiert die NATO?

In Warschau stand die Allianz somit vor der Herausforderung, auf die sicherheitspolitischen Bedrohungen im Osten und Süden gleichermaßen zu antworten. Die Interessen der 28 Mitgliedstaaten sind dabei auch äußerst heterogen. Das nah an Libyen liegende und massiv von der Flüchtlingsproblematik betroffene Italien hat wenig Neigung, dauerhaft Truppen ins Baltikum zu entsenden und gleichzeitig ist ein Staat wie Polen nahezu ausschließlich auf Russland fokussiert. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sprach dann auch diplomatisch von einem „360 Grad-Ansatz“⁹, in dessen Rahmen sich die NATO allen Herausforderungen gleichermaßen zuwenden sollte. In diesem Rahmen sind auch die in den letzten beiden Jahren beschlossenen und implementierten militärischen Maßnahmen zu sehen: als Kompromiss zwischen 28 Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen Interessen.

Kleine Schritte zur Abschreckung im Osten ...

Zwar wurden in Warschau wichtige Entscheidungen getroffen, jedoch baut die Allianz noch immer auf den zwei Jahre zuvor vereinbarten Schritten von Wales auf. Diese waren im Grundsatz ein Kompromiss zwischen der Notwendigkeit, militärische Einsatzbereitschaft zu demonstrieren, und dem Wunsch, eine Eskalationsspirale zu verhindern. Im Zentrum des ambitionierten Modernisierungsprogramms der NATO stand nach 2014 der „Readiness Action Plan“ (RAP). Er beruht auf dem Nebeneinander von Rückversicherungsmaßnahmen zur Verdeutlichung der Bündnissolidarität und Anpassungsmaßnahmen, die der Reform der Allianz dienen. Die auf lange Sicht weitaus bedeutenderen An-

passungsmaßnahmen sollen parallel die militärischen Führungsfähigkeiten der NATO stärken und somit deren institutionelle Reaktions- und Handlungsfähigkeit erhöhen.¹⁰

Der in den Medien weniger sichtbare, aber weit bedeutendere Teil der Beschlüsse von Wales richtet sich auf die Anpassung der NATO-Strukturen und -Instrumente. Ziel des RAP ist eine beträchtliche Verbesserung der Reaktions-

Zur STÄRKUNG der militärischen Handlungsfähigkeit der NATO wurde 2015 die schnelle Eingreiftruppe VJTF gebildet.

fähigkeit der schnellen Eingreiftruppe „NATO Response Force“ (NRF). Ihr Umfang soll auf der Grundlage einer Entscheidung des NATO-Verteidigungsministertreffens im Juni 2015 von 19.000 auf 40.000 Soldaten erhöht werden. Zusätzlich wurde in diesem Jahr die so genannte „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF) als multinationale und streitkräftegemeinsame NRF-Einheit in Stärke von rund 5.000 Soldaten aufgestellt. Diese Truppe, oft „Speerspitze“ genannt, soll innerhalb weniger Tage verlegt werden können, um rasch auf sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren. 2016 ist Spanien die Führungsnation für die VJTF.¹¹ Im Jahr 2019, so der gegenwärtige Plan, soll Deutschland die Führung übernehmen, gemeinsam mit Norwegen und den Niederlanden.

Um dies zu gewährleisten, werden acht ständige und multinational besetzte Aufnahmestützpunkte (NATO Force Integration Units, NFIU) in den baltischen Staaten sowie in Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei

aufgebaut. Über die personelle Verstärkung des Stabes des deutsch-dänisch-polnischen Multinationalen Korps in Szczecin (Polen) hinaus bemüht sich die NATO auch, vor Ort kontinuierlich Präsenz zu zeigen. Die NATO fand hierfür die Formel der „beständigen Präsenz“ („persistent presence“). Gemeint ist die durchgehende Anwesenheit von NATO-Einheiten für gemeinsame Übungen und Ausbildung, jedoch auf rotierender Basis und nicht als geschlossene Kampfeinheiten.

Die beschriebenen Maßnahmen der NATO, aber auch einzelner Mitgliedstaaten bedeuten insgesamt keinen endgültigen Bruch der NATO-Russland-Grundakte von 1997. In diesem politischen, nicht rechtlich bindenden Dokument vereinbarten Russland und die NATO-Staaten, sich nicht länger als Gegner zu betrachten und, aufbauend auf geteilten normativen Grundsätzen der Demokratie und der Menschenrechte, einen Raum ungeteilter Sicherheit zu schaffen. Die Allianz sieht diese Prinzipien bereits durch den Völkerrechtsbruch Russlands auf der Krim und in der Ost-Ukraine verletzt, bemüht sich jedoch, weiterhin ihrerseits im Rahmen der Akte zu handeln. Sie sieht jedoch davon ab, „substanzielle Kampftruppen dauerhaft“ zu stationieren, wie sie es 1997 zugesagt hatte.¹² Diese verständliche Priorisierung einer politischen Zielsetzung führte auf militärischer Ebene zu erheblichen Problemen bei der Implementierung der Beschlüsse von Wales.¹³

Zuerst bedeuten die Beschlüsse von Wales mit ihrer Entscheidung gegen eine ständige Präsenz („permanent presence“) zugunsten einer „persistent presence“ von NATO-Truppen im Baltikum, dass in den baltischen Staaten eine beträchtliche Restunsicherheit bezüg-

lich der Bündnissolidarität bleibt. Würden NATO-Staaten ihre Speerspitze in einem politischen Krisenfall wirklich an die Grenze nach Russland verlegen und damit einen bewaffneten Konflikt riskieren? Dies gewinnt noch größere Bedeutung angesichts der unklaren „Einsatzschwelle“. So ist es durchaus möglich, dass eine stufenweise Subversion und Destabilisierung durch russische Kräfte ohne die offene Präsenz von russischen Streitkräften keine Entscheidung im NATO-Rat zum Einsatz der VJTF bewirken würde. Nur Präsenzkräfte garantierten letztlich ein Eingreifen der Alliierten. Aus dem gleichen Grund hat die Bundesrepublik Deutschland während der Blockkonfrontation auf der Präsenz alliierter Truppen im Land beharrt.¹⁴

Zur **ABSCHRECKUNG** Russlands hat sich die NATO auf eine „Verbesserte Vornepräsenz“ im Baltikum und Polen geeinigt.

Trotz der Fortschritte von Wales und trotz der ostentativen Solidarität der Allianz drängten die östlichen Mitgliedstaaten daher weiterhin analog zur Bundesrepublik während des Kalten Krieges darauf, dass ihre Gebiete von verbündeten Streitkräften und „vorne“ verteidigt werden. Solange dies nicht geschieht, so die Ansicht vieler Osteuropäer, ist die Abschreckung gegen Subversion und Handstreich nicht endgültig glaubhaft, denn sie beruht doch auf ei-

nem Versprechen der Allianz, ohne dass dies am Boden dauerhaft mit militärischen Mitteln hinterlegt wäre.

Der Gipfel von Wales im Jahr 2014 legte also den Grundstein für die noch heute wichtigen Reformen der Allianz, schreckte jedoch vor entscheidenden Schritten zurück. Die Allianz musste nun in Warschau aber entscheiden, ob und in welchem Umfang die NATO Streitkräfte an der Grenze zu Russland stationieren sollte. Im Ergebnis einigte sich die Allianz auf die „Verbesserte Vornepräsenz“ („Enhanced Forward Presence“, EFP). Zuzüglich zu den nach Wales getroffenen Maßnahmen sollen nun ab 2017 vier Gefechtsverbände auf der Basis von multinationalen Bataillonen im Osten der Allianz stationiert werden. Je ein Bataillon soll in Estland, Lettland, Litauen und Polen dauerhaft Präsenz zeigen und zur Abschreckung von Russland beitragen.

Dieser Schritt der NATO ist eine doppelte Symbolik. Zum einen ist nicht gering zu schätzen, dass sich die NATO innerhalb relativ kurzer Zeit dazu entschließen konnte, eigene Truppenverbände – wenn auch sehr kleine – unmittelbar an die Grenze zu Russland zu entsenden. Der Widerstand gegen Schritte, von denen viele befürchten, sie könnten Russland unnötig provozieren, war von vorneherein groß, so dass keine weitergehenden Maßnahmen zu erwarten waren. Für die NATO ist also die Einigung auf die EFP ein Erfolg.

Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass nicht alle Staaten bereit sind, sich in gleichem Maße an den vier Bataillonen zu beteiligen. Vor allem die Weigerung Frankreichs, sich als Führungsnation um ein Bataillon zu kümmern, ist angesichts anderer drängender Prioritäten zwar verständlich, unterstreicht aber

die widersprüchlichen Interessen in der Allianz. Gedacht als Symbol der eigenen Stärke – und das mit einigem Recht – ist nicht auszuschließen, dass andere Beobachter den Kompromiss von Warschau als Zeichen tief liegender Differenzen und mangelnder Entschlossenheit einstufen.

Die militärische Anpassung der NATO an die Herausforderung der Bündnisverteidigung im Osten ist eine Daueraufgabe, die auch nach dem Warschauer Gipfel zu Diskussionen innerhalb der Allianz führen wird. Aus militärischer Sicht greifen viele Entscheidungen des Gipfels noch immer zu kurz. Gleichzeitig gehen sie schon heute über das hinaus, was viele Mitgliedstaaten für vertretbar halten und was noch vor wenigen Jahren als undenkbar galt. Ohne eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und der NATO – und diese scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr unwahrscheinlich – wird die NATO mit der Frage ringen, wie auf ein erstarkendes und destabilisierendes Russland zu antworten ist.

... und was tun im Süden?

Mit Blick auf die Herausforderungen im Süden tut sich die NATO noch schwerer, eine greifbare Reaktion zu formulieren. Das ist nicht weiter verwunderlich. Zum einen war es die russische Herausforderung im Osten, die der Allianz neu-alte Relevanz verlieh und ihr wieder den zentralen Platz in der europäischen Verteidigungsplanung einräumte. Zum anderen ist die Herausforderung im Osten auch unter „hybriden“ Vorzeichen im Kern klassisch-militärischer Natur; im Süden gilt dies nun einmal nicht. Die NATO, noch immer und vor allem ein Militärbündnis, sucht da-

her nach neuen Wegen, auf Herausforderungen wie die Migrationskrise adäquat zu antworten.

Umso überraschender kam im Februar 2016 die schnelle Entscheidung, die NATO im Seegebiet zwischen den beiden NATO-Partnern Türkei und Griechenland einzusetzen, um beide Staaten bei der Eindämmung des Flüchtlingsstroms über die Ägäis zu unterstützen.

Im Süden Europas ist derzeit die MIGRATION die größte Herausforderung.

zen. Hier war zum einen die schnelle Verfügbarkeit stehender NATO-Verbände ausschlaggebend, zum anderen war wohl nur ein Einsatzverband unter der Flagge der NATO in der Lage, mit und zwischen den beiden nominell verbündeten, faktisch jedoch traditionell verfeindeten Partnern zu operieren. In Warschau wurde zudem beschlossen, die seit 15 Jahren nominell zur Terrorbekämpfung agierende Mission „Active Endeavour“ nun als „Operation Sea Guardian“ weiterzuführen und in einem breiten Mandat stabilisierend zu wirken.¹⁵ Auch wenn die genauen Aufgaben der neuen Operation noch im Unklaren bleiben, wird doch deutlich, wie sehr im Süden Europas Migration als prioritäre Herausforderung die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus abgelöst hat.

Im Süden steht die NATO zudem vor dem Dilemma, dass eine durchaus realistische, wenn auch im Moment wohl nicht wahrscheinliche Aufgabe in einer Unterstützung und Stabilisierung des kriegsgeplanten Libyens bestehen könnte. Ein Vergleich mit dem Versuch der Stabilisierung Afghanistans ist dabei

nicht abwegig. Allerdings ist der Appetit der meisten NATO-Staaten auf einen Einsatz wie in Afghanistan – also eine Stabilisierung nicht-europäischer Staaten und Gesellschaften durch den Einsatz zehntausender Soldaten am Boden und massive finanzielle Investitionen – schon seit einigen Jahren gestillt. Das gilt umso mehr für jene Staaten, die auch am Irakkrieg von 2003-2011 beteiligt waren.

Somit beschränkt sich das Bündnis bisher, jenseits von Luft- und Seeoperationen, auf die Erarbeitung von Einsatzplänen und die Vorbereitung auf mögliche Szenarien. Dies stößt schnell auf das Problem, dass das Hauptinstrument der Allianz für eine schnelle militärische Reaktion im Osten, eben VJTF und NRF, für den Einsatz im Süden, auf deren Planung Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien drängen, nicht ohne Mühe übertragbar sind. Die Schwierigkeiten liegen hier in der Verbindung von Multinationalität, schneller Reaktionsfähigkeit und jährlich wechselnder Zusammenstellung der VJTF, die primär dem politischen Imperativ der Bündnisymbolik entspringt. Ohne eine weitere, politisch schwierige Reform, oder eine grundlegende, in naher Zukunft noch unwahrscheinlicher scheinende Harmonisierung von Ausrüstung und Ausbildung der NATO-Armeen wird das Konzept der VJTF und damit der militärischen Handlungsfähigkeit des Bündnisses im Süden schnell an praktische Grenzen stoßen.¹⁶

Schließlich steht die NATO mit Blick nach Süden vor der Frage, ob das Bündnis über die bisherigen minimalen Schritte hinaus eine weitere Partei im bereits unübersichtlichen syrisch-irakischen Bürgerkrieg werden soll. Bisher erschöpft sich die Rolle der Allianz in

der Entsendung von Ausbildern in den Irak und die Bereitstellung von AWACS-Flugzeugen zur Unterstützung der internationalen Koalition in Syrien. Zwar sind alle Mitgliedstaaten der Allianz in irgendeiner Form in den Konflikt involviert, dies jedoch entweder als Teil der US-geführten Koalition oder eigenständig. Eine weitergehende Rolle für die NATO ist derzeit nicht in Sicht, auch weil die Rolle der Türkei als Bündnispartner und Akteur in dem Konflikt durchaus problematisch ist, wie nicht zuletzt die jüngsten Debatten um die Besuchsrechte deutscher Abgeordneter beim deutschen Luftwaffenkontingent in Incirlik zeigen.

Am Ende steht die NATO im Süden auch vor einem Kommunikationsdilemma. Während ihre Aktivitäten nach Osten deutlich sichtbar sind – Gefechtsfahrzeuge auf Übungen in Polen oder die Eröffnung neuer Kommandostäbe –

Der Beitrag der NATO im Süden ist ABSTRAKTER und somit nur schwer vermittelbar.

gilt dies nur sehr begrenzt für die Herausforderungen im Süden. Jenseits von der Entsendung von Schiffen und Flugzeugen bleibt die wichtige Tätigkeit der Allianz weitgehend unsichtbar. Weder politische Abstimmungen noch militärische Planungen sind direkt sichtbar. In einer Zeit der strategischen Unsicherheit, in der die Selbst- und Rückversicherung der Mitgliedstaaten eine wich-

tige Aufgabe wird, ist das durchaus ein Nachteil, wobei natürlich zu hoffen bleibt, dass der Beitrag der NATO im Süden nicht sichtbar werden muss.

Schlussbetrachtung

Die NATO ist ein Militärbündnis und die wichtigen Entscheidungen werden auf politischer Ebene in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten getroffen. Auch nach der sicherheitspolitischen Zeitenwende von 2014 bleibt die militärische Antwort der NATO im Rahmen der politischen Vorgaben. Wie man diese Antwort nun beurteilt – geht sie zu weit, geht sie nicht weit genug – hängt daher vom politischen Standpunkt des Betrachters ab. In einem Bündnis, das auf dem Prinzip der Einstimmigkeit aufbaut, sind Kompromisse unausweichlich und die nationalen Interessen von 28 Mitgliedstaaten „unter einen Hut zu bringen“ ist eine mühsame Aufgabe. Das wird auch in den nächsten beiden Jahren auf dem Weg zum Gipfel von Brüssel im Jahr 2018 der Fall sein.

Am Ende setzt sich somit auch hier der Primat der Politik durch. Trotz aller berechtigten und legitimen Kritik an der Angemessenheit, Umsetzbarkeit, und Realisierbarkeit militärischer Maßnahmen auf die Herausforderungen im Osten und im Süden hat es die NATO bisher geschafft, eine vielleicht fragile, aber dennoch stabile Einheit zu bilden. Im siebten Jahrzehnt ihres Bestehens ist dies kein kleiner Erfolg und ein Zeichen dafür, welchen Stellenwert das Bündnis in den Mitgliedstaaten und nicht zuletzt in Deutschland noch immer hat. ///



/// DR. MARTIN ZAPFE

**ist Leiter des Global Security Team am
Center for Security Studies (CSS), ETH
Zürich.**

Anmerkungen

- ¹ www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160215-BM_Bertelsmann_Forum.html, Stand: 7.10.2016.
- ² Bieri, Matthias / u. a.: Die NATO und Russland. Verteidigungsplanung 2014-2016, Zürich 2016, S. 4-6.
- ³ Ven Bruusgaard, K.: Russian Strategic Deterrence, in: *Survival*, 58/4, August / September 2016, S. 7-26, hier: S. 14-18.
- ⁴ Bouchet, Nick: Russia's "Militarization" of Colour Revolutions, in: *CSS Policy Perspectives* 4/2 2016.
- ⁵ Galeotti, Mark: Hybrid, ambiguous, and non-linear? How new is Russia's 'new way of war'?, in: *Small Wars & Insurgencies*, 27/2 2016, S. 282-301.
- ⁶ Bieri / u. a.: Die NATO und Russland, S. 8 f.
- ⁷ Grätz, Jonas: Russia as a Challenger of the West, in: *Strategic Trends 2014: Key Developments in Global Affairs*, hrsg. von Oliver Thränert und Martin Zapfe, Zürich 2014, S. 11-30.
- ⁸ Glatz, Rainer L. / Zapfe, Martin: NATO-Verteidigungsplanung zwischen Wales und Warschau: Verteidigungspolitische Herausforderungen der Rückversicherung gegen Russland, in: *SWP-Aktuell* Nr. 95, 2015, S. 2.
- ⁹ www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_130923.htm?selectedLocale=en, Stand: 7.10.2016.
- ¹⁰ Glatz / Zapfe: NATO-Verteidigungsplanung, S. 2.
- ¹¹ www.shape.NATO.int/page349011837, Stand: 10.10.2016.
- ¹² Bieri / u. a.: Die NATO und Russland, S. 13.
- ¹³ Glatz / Zapfe: NATO-Verteidigungsplanung, S. 3 f.
- ¹⁴ Bieri / u. a.: Die NATO und Russland, S. 16.
- ¹⁵ www.nato.int/cps/en/natohq/news_133804.htm, Stand: 7.10.2016.
- ¹⁶ Zapfe, Martin: Die Speerspitze der NATO, *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 174, Mai 2015, S. 4.